

SoVD stellt Positionspapier für eine solidarische Rente vor

Jung und Alt gegen Altersarmut

Fortsetzung von Seite 1

selbst bei gleicher Qualifikation im Vergleich zu Männern Gehaltseinbußen hinnehmen.

Auch Erwerbsgeminderte und Menschen mit Behinderung sind in besonderem hohem Maße gefährdet, im Alter arm zu sein. Ursache sind häufig Beitragsausfälle, die es schwer machen, berufliche Möglichkeiten zu verbessern. Die dritte Risikogruppe sind langzeitarbeitslose Menschen. Oft verfestigt sich bei ihnen die anfängliche Abwesenheit vom Arbeitsmarkt zu einem Dauerzustand, aus dem ein Ausbrechen nur noch sehr schwer gelingt.

Auch Solo-Selbstständige gegen Altersarmut sichern

Neue Herausforderungen bringt die Gruppe der sogenannten Solo-Selbstständigen mit sich. Neben den klassischen Selbstständigen, die mit niedrigen Beitragszahlungen ebenfalls zu den Risikogruppen gehören, arbeiten Solo-Selbstständige oft nur mit Kleinstaufträgen. Schwer wiegt darüber hinaus, dass sie durch keinerlei gesetzliche Rentenversicherung geschützt sind. Aus Sicht des Verbandes repräsentiert diese Gruppe den Wandel auf dem Arbeitsmarkt und die damit einhergehenden Gefahren geradezu exemplarisch.

Mit drei Grundpositionen vertritt der SoVD demzufolge die Interessen heutiger und künftiger Rentner gegenüber der Politik. An erster Stelle steht der Ausbau von Beitragszahlungen zur gesetzlichen Rentenversicherung in der Erwerbsphase. Stichpunktartig benannte der SoVD-Rentenexperte, Klaus Michaelis, die Einschränkung prekärer Beschäftigung und die Ein-



Adolf Bauer
SoVD-Präsident

„Lassen Sie sich nicht instrumentalisieren. Altersarmut betrifft Jung wie Alt, und nur gemeinsam können wir sie bekämpfen!“

führung einer Erwerbstätigenversicherung als Maßnahmen. Michaelis forderte zudem eine deutliche Anhebung des gesetzlichen Mindestlohnes sowie die Absicherung in Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit durch sachgerechte Beiträge.

Drei Hauptforderungen für eine zukunftssichere Rente

An zweiter Stelle der SoVD-Forderungen stehen ergänzende Regelungen im Rentenrecht. Diese sollen dazu dienen, der Gefahr von Altersarmut für Menschen zu begegnen, die sich bereits im Rentenalter befinden. Auch rentennahe Jahrgänge sollen dadurch mehr Schutz erfahren. „Wir sind für eine Aufwertung von in der Vergangenheit zurückgelegte Zeiten der Niedriglohnbeschäftigung oder der Langzeitarbeitslosigkeit“, sagte Michaelis.

Zu den SoVD-Forderungen gehören an dritter Stelle Verbesserungen für die Erwerbsminderungsrentnerinnen und

rentner. „Für diese Personengruppe ist das Risiko von Altersarmut weiterhin hoch, obwohl die vorzeitige Inanspruchnahme der Rente aufgrund von gesundheitlichen Beeinträchtigungen nicht freiwillig erfolgt.“ Der SoVD fordere daher mit Nachdruck, die systemwidrigen Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten abzuschaffen.

Generationen nicht gegeneinander ausspielen

Der SoVD-Präsident warnte abschließend davor, die Generationen gegeneinander auszuspielen. „Diese Ängste werden für ihre Interessen instrumentalisiert. Unsere Botschaft ist klar: Altersarmut betrifft Jung und Alt – und nur gemeinsam können wir sie bekämpfen.“

Im Nachgang zur Pressekonferenz stand der SoVD-Präsident zahlreichen Journalisten in Exklusivbeiträgen Rede und Antwort. veo



Klaus Michaelis
SPA-Vors. im SoVD

„Die Verbesserung des Rentenniveaus wäre eine zentrale Stellschraube, um die Gefahr von Altersarmut mittel- und langfristig zu verhindern.“



Adolf Bauer (Mitte) stellte das Forderungspapier des SoVD für eine zukunftssichernde und solidarische Rente vor, li.: Bundespressesprecher Benedikt Dederichs, re.: Klaus Michaelis.



Fotos (4): Laurin Schmid

SoVD-Präsident Adolf Bauer (Mitte) und Klaus Michaelis beantworteten im Nachgang der Pressekonferenz im Haus der Bundespressekonferenz exklusiv Journalistenfragen.

Info



Foto: gromovataya / fotolia

Mit seiner Rentenkampagne wird der SoVD in den kommenden Wochen verstärkt Flagge zeigen. Dabei sollen die Mitglieder einbezogen werden – ob in Veranstaltungen vor Ort, in den Wahlkreisen der Bundestagsabgeordneten oder mit Online-Aktionen in den Social Media und öffentlichen Foren.

Weitere Informationen auch unter: sovd.de/arm-im-alter

SoVD fordert paritätische Finanzierung in der Krankenversicherung

Zusatzbeiträge gerecht aufteilen

Die Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) drohen deutlich anzusteigen. Der durchschnittliche Zusatzbeitrag von heute 1,1 Prozent könnte sich nach Medienberichten bis zu 2,4 Prozent im Jahr 2020 erhöhen. Das wäre deutlich mehr, als die GKV selbst erwartet. Sie prognostiziert bislang einen Anstieg auf 1,8 Prozent. Dies stellt eine erhebliche Belastung für viele gesetzlich Krankenversicherte dar.

Seit Jahren steigen die Ausgaben der gesetzlichen Kassen schneller als die Einnahmen. Bei der GKV wird nur ein allgemeiner Beitragssatz von 14,6 Prozent je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert. Darüber hinausgehende Kosten müssen die Versicherten in Form von Zusatzbeiträgen alleine tragen, weil der

Arbeitgeberbeitrag seit Januar 2015 eingefroren ist.

Der SoVD ist der Auffassung, dass notfalls der Gesetzgeber eingreifen muss, um den prognostizierten Anstieg von Zusatzbeiträgen für die Versicherten zu dämmen. Dabei spielt eine gerechtere Kostenverteilung eine wesentliche Rolle. „Die Arbeitgeber müssen verpflicht-

et werden, die Kostenexplosion gemeinsam mit den Versicherten zu stemmen“, erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer anlässlich der jüngsten Medienberichte. Der SoVD vertritt den Grundsatz, dass die Versicherten entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und gemäß dem Solidarprinzip Beiträge zahlen sollten.



Foto: fotografee eu/fotolia

Für viele gesetzlich Krankenversicherte stellt die angekündigte Anhebung der Zusatzbeiträge eine erhebliche Belastung dar. Das gilt umso mehr, als sie ohnehin immer mehr Leistungen für ihre Gesundheit aus der eigenen Tasche zahlen müssen. Der SoVD fordert seit Langem eine gerechte Verteilung der Kosten.